No. 58. — 56. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Dienstag, 4. Februar 1908

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts
bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: S. Prinzenstr. 41, SO. Kottbuserstr. 1, SO. Sorauerstr. 20, O. Petersburgerstr. 2, NO. Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, NO. Anklamerstr. 31, N. Schiffbauerdamm 1, N. Schulzendorferstr. 27 (am Weddingplatz), C. Königstraße 56/57, NW. Alt-Moabit 138, W. Potsdamerstr. 33, W. Bayreutherstr. 32, W. Leipzigerstr. 103, SW. Mittenwalderstraße 6, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 83/84 und Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenburg, Kantstraße 34, Pankow, Berlinerstraße 13b.

Chef-Redakteur: **Karl Vollrath**, Berlin W.
Verlag u. Druck: **Rudolf Mosse**, Berlin SW.

Das Kriegsrecht in Portugal.

Auf dem Umwege über Madrid erhalten wir einige spärliche Mitteilungen über die Situation in Portugal. Diese Mitteilungen beweisen, daß die Lage sehr bedenklich und daß die revolutionäre Bewegung im Lande einen sehr großen Umfang angenommen hat. Dem Madrider Blatte „El Mundo" sind aus Lissabon folgende Meldungen zugegangen:

Der neue Ministerpräsident ergriff energische Maßregeln, um jedem Aufstande vorzubeugen. Die verfassungsmäßigen Garantien wurden aufgehoben und das Kriegsrecht proklamiert. 94 politische Gefangene wurden an Bord des Dampfers „Portugal" gebracht. Sie sollen in afrikanische Gefängnisse übergeführt werden.

Die revolutionäre Bewegung hat sich in aller Stille unter der Leitung eines Redakteurs eines bedeutenden republikanischen Blattes vorbereitet. Die Revolutionäre beabsichtigten die Republik allmählich herbeizuführen, aber die diktatorischen Maßnahmen Francos trieben ihre Erregung auf die Spitze. Sie schmuggelten Waffen ein und führten ihren Plan aus.

Vorderhand sieht es so aus, daß der republikanische Gedanke im portugiesischen Volke infolge der monarchischen Mißwirtschaft festen Fuß gefaßt hat. Es scheint auch, daß das Beispiel des portugiesischen Tochterstaates Brasilien, der vor einiger Zeit die Dynastie verjagt hatte, nicht ohne Einfluß auf das Mutterland geblieben ist.

Nach einer weiteren Meldung aus Lissabon nahm der Ausschuß der dissentierenden Progressisten einen Antrag an, in dem die Partei ihr Mitgefühl aus Anlaß der Bluttat und gleichzeitig ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck bringt, mit der neuen Regierung zusammenzuarbeiten, falls den politischen Gefangenen und Deportierten Freiheit und Rechte zurückgegeben und alle gegen die Freiheit gerichteten diktatorischen Maßregeln aufgehoben werden.

Diese Partei wird also wohl nicht in die Lage kommen, die Regierung zu unterstützen, da diese keineswegs gesonnen zu sein scheint, die diktatorischen Maßregeln aufzuheben. Durch die Proklamierung des Kriegsrechts sind diese noch bedeutend verschärft worden.

Nach einer Meldung der „Agence Havas" ist das Ministerium jetzt wie folgt gebildet worden: Ferreira do Amaral Vorsitz und Inneres, Moreira junior Finanzen, Campos Henriques Justiz, Castilho Marine, Graf Bertiandoz öffentliche Arbeiten, Wenceslao Linna Aeußeres, Mathias Mines Krieg.

Die Beisetzungsfeierlichkeiten sind amtlich auf Sonnabend vormittag festgesetzt worden. Das Befinden des jungen Königs, der den Arm allerdings noch in der Binde trägt, hat sich gebessert.

Eine englische Intervention?

Der englische Gesandte in Lissabon ist nach London abgereist. Wird etwa von englischer Seite irgendein Eingreifen in die portugiesischen Wirren beabsichtigt? Die Anwesenheit mehrerer englischer Kriegsschiffe in den portugiesischen Gewässern spricht jedenfalls nicht gegen eine solche Absicht.

Rücktritt des Kriegsministers.

Als offiziös erklärt wurde, der preußische Kriegsminister General v. Einem werde aus Gesundheitsrücksichten einen längeren Urlaub nach dem Süden antreten, bezeichneten wir die Bemerkung eines freiwillig-offiziösen Organs, an einen Rücktritt des Ministers sei nicht zu denken, als verdächtig. Wie recht wir mit dieser Bemerkung hatten, lehrt die Tatsache, daß jetzt bereits sehr ernsthaft vom Rücktritt des Herrn v. Einem gesprochen wird. Die konservativen Kreisen nahestehende Parlamentskorrespondenz Woth schreibt uns:

In parlamentarischen Kreisen kursiert das Gerücht, daß Kriegsminister v. Einem von seinem Urlaub nach dem Süden, den er aus Gesundheitsrücksichten in nächster Zeit antreten wird, nicht mehr in sein Amt zurückkehren wird. Sollte sich das Befinden des Kriegsministers während seines Erholungsurlaubes nicht so bessern, daß er imstande ist, sein Amt ganz auszufüllen, so werde er selbstverständlich in den Ruhestand treten. Sein Rücktritt geschieht alsdann aber nicht aus politischen Gründen, sondern tatsächlich aus Gesundheitsgründen. Der Kriegsminister hatte vor einigen Tagen dem Reichskanzler seine Bereitwilligkeit erklärt, vor Antritt des Urlaubs aus dem Amte zu scheiden, da er es nicht für opportun halte, daß ein Kriegsminister längere Zeit außerhalb des Vaterlandes verweile. Kaiser und Kanzler hätten den Minister dringend gebeten, im Amte zu bleiben und seinen Urlaub anzutreten.

Man hat es selten erlebt, daß ein Minister aus anderen als aus Gesundheitsrücksichten gegangen ist. Daß Herr v. Einem sich krank fühlt, glauben wir gern. Daß ihm aber der politische Boden zu heiß wird, ist nach allem, was in den letzten Wochen vorging, ebenfalls nicht verwunderlich. Ueber die Ergebnisse des Hohenau-Lynar-Prozesses hat der Kriegsminister nicht den geringsten Anlaß, sich zu freuen; denn nach dem Ausfall des Urteils muß die Zeugenvernehmung Tatsachen gezeitigt haben, die Herrn v. Einem das Verbleiben im Amte nicht als „opportun" erscheinen lassen. Und die Rolle, die er in der Affäre des Oberst a. D. Gädke spielt, vermag die Sympathien für den Minister ebenfalls nicht zu erhöhen. Alles in allem: seine Uhr ist abgelaufen.

Auf die lange Bank geschoben!

Wie wir hören, ist es ziemlich sicher, daß nach dem bevorstehenden Rücktritt des Reichsschatzsekretärs Freiherrn v. Stengel im Bundesrate ein Beschluß herbeigeführt werden wird, die Steuervorlagen, die auch im Bundesrate eine Mehrheit bisher nicht gefunden haben, fallen zu lassen und die „Finanzreform" auf den Herbst zu vertagen.

Eine neue Krisis?

In Abgeordnetenhauskreisen gehen zurzeit seltsame Gerüchte über eine eventuelle Zurückziehung der Polenvorlage um. Es wird behauptet, daß der Kaiser seine Meinung über die Enteignungsvorlage einer Revision unterzogen habe, und daß er jetzt zu der Ansicht neige, daß die Enteignung sich mit der Verfassung nicht vertrage, so daß Ausnahmegesetze gegen die Polen sehr bedenklich seien.

Es wird ferner erzählt, daß der Widerstand des Herrenhauses und der Getreuen der Krone auf den Kaiser großen Eindruck gemacht habe, und daß der Bruder der Kaiserin, Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein, und Graf Tiele-Winckler, ein Duzfreund des Kaisers, sich offen als entschiedene Gegner der Vorlage dem Kaiser zu erkennen gegeben haben und ihre Gründe zu dieser Stellungnahme genau präzisiert hätten. Der Kaiser soll ihnen versprochen haben, nach Rücksprache mit dem Fürsten Bülow die Vorlage zurückzuziehen.

Wir sind augenblicklich nicht in der Lage, diese Gerüchte auf ihre Glaubwürdigkeit zu prüfen, möchten aber doch annehmen, daß es sich um mehr als Wandelhallengerede handelt, da die Gerüchte mit zu großer Bestimmtheit auftreten. Sollte es sich bewahrheiten, daß der Kaiser eine solche Absicht hegt, so würde er allerdings sich zu seinem Gesamtministerium in einen schroffen Widerspruch setzen. Deshalb spricht man auch, wie wir hinzusetzen möchten, von einer Erschütterung der Stellung des Kanzlers und des Finanzministers.

Die nächste Schloßpredigt.

Der „Köln." Volksztg." zufolge soll der Kaiser für nächsten Sonntag als Grundtext für die Predigt in der Schloßkapelle angegeben haben 2. Moses 12, 49: „Einerlei Gesetz sei dem Einheimischen und Fremdling, der unter euch wohnet." Der Text sei bereits vor längerer Zeit dem Hofprediger mitgeteilt worden. Auf seine Rückfrage, wie das Oberhaupt der Landeskirche die Stelle behandelt wissen wollte, sei geantwortet worden, der Herr möge sich an den Geist der Heiligen Schrift halten, von der auch am Hofe kein Jota geraubt werden dürfe. Das gesamte preußische Staatsministerium sei zum Gottesdienst befohlen worden.

Das ultramontane Blatt will für diese „aus guter Hand" kommende Mitteilung keine Gewähr übernehmen. Daran tut es sehr recht. Als kleine politische „Sensation" allerdings ist das Geschichtchen gut erdacht, denn der Text läßt sich auf alle großen gesetzgeberischen Maßnahmen anwenden, die jetzt die Oeffentlichkeit und die Parlamente beschäftigen. Die Enteignungsvorlage, das Vereinsgesetz, die preußische Wahlrechtsreform. Und deswegen wird wohl ein schleuniges offiziöses Dementi erfolgen.

Herr Adickes will nicht.

Der Oberbürgermeister von Frankfurt a. M., Herr Adickes, war, wie erinnerlich ist, als ein Mann genannt worden, der für die Nachfolge des Herrn v. Stengel im Reichsschatzamt in Betracht käme. Dem gegenüber erfährt die „Frankf. Ztg.", daß von dem Weggange Adickes' aus Frankfurt, dort nichts bekannt sei.

Die Beamten haben das Nachsehen.

Die Steuer- und Stengel-Krisis scheint, wie wir bereits im heutigen Morgenblatt angedeutet haben, auch für die Beamtenwelt ein böses Nachspiel zu haben. Wie man uns heute mitteilt, dürften wegen Mangels an Deckungsmitteln auch die Beamtenbesoldungsgesetze auf den Herbst vertagt werden. Es würden dann nur Teuerungszulagen wie im Vorjahr bewilligt werden. Die preußischen Beamtengesetze dürften ebenfalls zurückgestellt werden, obgleich für sie Mittel vorhanden wären, doch will man nicht die preußischen Beamten nach anderem Maße messen wie die Reichsbeamten.

Ein Bekenntnis.

Zur Charakterisierung des preußischen Systems bringt die „Frankf. Ztg." eine Meldung aus Karlsruhe, die viel Aufsehen erregen wird. Das Blatt berichtet:

„In der gestrigen Sitzung des badischen Landtages, in der der Fall Schäufle zur Besprechung gelangte, machte der sozialdemokratische Abgeordnete Geck am Schlusse der Sitzung eine Aufsehen erregende Mitteilung. Der badische Staatsanwalt Jolly, ein Sohn des Ministers, einer der heftigsten Verfolger der Sozialdemokraten unter dem Sozialistengesetz, habe ihn eines Abends zu sich in seine Privatwohnung gebeten und bei einem Glase Wein zu ihm gesagt: „Ich werde schon wieder genötigt, eine Anklage gegen Sie zu erheben, und während ich überzeugt bin, daß sie ungerecht und unhaltbar ist, muß ich sie vertreten, da sie nicht aus Baden, sondern aus Preußen kommt. Man verfolgt Sie ungerecht." Wenige Monate darauf habe Jolly den Staatsdienst verlassen und sei unter die Journalisten gegangen.

Die Aeußerung Gecks wird ein lebhaftes Echo in der Presse erwecken; besonders da man keinen Anlaß hat, an der Erzählung dieses Erlebnisses zu zweifeln. So macht Preußen „moralische Eroberungen" in Süddeutschland!

Neue Gewaltakte in Rußland.

Aus Odessa wird berichtet: Acht Individuen drangen in einem belebten Stadtteil bei einem Kaufmann ein und forderten Geld von ihm. Als der Kaufmann sich weigerte, etwas herzugeben, wurde er erschossen. Während der Verfolgung warfen die Täter eine Bombe, durch die mehrere Passanten schwer verletzt wurden. Die Polizei erschoß zwei von den Räubern und verhaftete drei; die übrigen entkamen.

Wie aus Tiflis gemeldet wird, haben dort unbekannte Leute im Armenbazar das Mitglied der „patriotischen" Gesellschaft Perychkin durch Revolverschüsse schwer verletzt, zwei seiner Begleiter getötet und mehrere zufällig vorbeigehende Personen leicht verwundet. Ein der Tat verdächtiger Mann ist verhaftet worden.

Der „selbstherrliche Zar".

Nachdem sich die russische Hofkamarilla einigermaßen von dem Schrecken erholt hat, den ihr die blamable Niederlage im japanisch-russischen Kriege und die russische Revolution eingejagt hatten, holt sie den Popanz des „selbstherrlichen Zaren" wieder aus der Rumpelkammer hervor. So hat der Zar, wie aus Petersburg berichtet wird, die ihm zugegangene Mitteilung über einen Beschluß des finnischen Landtages mit der folgenden eigenhändigen Randbemerkung versehen müssen:

Angesichts der in der Deklaration des finnländischen Landtages auf meine Aufforderung hin ausgeführten Betrachtungen mache ich den Landtag darauf aufmerksam, daß das Verfügungsrecht über die Mittel des Staats- und Milizfonds ausschließlich meinem Gutachten untersteht, weshalb ich die Meinung des Landtages als mit den wirkenden Gesetzen nicht im Einklang befindlich erachte. Ich befehle, 20 Millionen Mark den Ressourcen des Reichsschatzamtes zu zahlen, wobei 16,400,000 Mark den Summen des Milizfonds und 3,600,000 Mark den vom Landtage votierten temporären Steuern zu entnehmen sind.

Einen zweiten Beschluß des finnländischen Landtages versah der Zar mit der folgenden „eigenhändigen Randbemerkung":

Ich befehle, die vom Landtage votierten temporären Steuern einzutreiben und zu verausgaben, wie auch früher, ohne sie mit den Mitteln des Staats-, Miliz- und anderer Regierungsfonds zu vermengen, und bestätigte abermals dem Landtage, daß das Verfügungsrecht über diese Fonds ausschließlich mir gehört.

Natürlich hat der Zar diese „eigenhändigen Randbemerkungen" nicht selbst verfaßt, sondern sie sind ihm von der Hofkamarilla in die Feder diktiert worden. Damit ist also der Feldzug gegen die verhältnismäßig freie Verfassung Finnlands eingeleitet worden. Dem finnländischen Landtage droht offenbar jetzt dasselbe Schicksal wie der ersten und zweiten Duma.

Die irische Frage

beschäftigte gestern beide Häuser des englischen Parlaments in der Fortsetzung der Adreßdebatten.

Im Unterhause wurde seitens der Opposition von Long (konservativ) ein Abänderungsvorschlag zur Antwortadresse auf die Thronrede eingebracht, in dem auf die agrarischen Verbrechen in Irland hingewiesen, der Regierung Lässigkeit vorgeworfen und energisches Einschreiten verlangt wird. Der Chefsekretär des Vizekönigs von Irland, Birrel, gab zu, daß in verschiedenen Teilen Irlands jetzt nicht so befriedigende Zustände wie im vergangenen Jahre herrschten, meinte aber, daß man gegen das verwerfliche System der Boykottierung mit Gewaltmaßregeln nichts ausrichten könne. Das Viehabtreiben sei gesetzwidrig und strafbar, aber das einzige Mittel dagegen sei wohl nur, daß man auf gesetzmäßigem Wege die Veranlassung dazu aus der Welt schaffe; die Anwendung von Gewalt würde sicherlich nicht zum Ziele führen.

Im Oberhause machte eine Rede des Earl of Dudley großen Eindruck. Der Redner, der früher unter unionistischer Regierung Vizekönig von Indien gewesen ist, erklärte, daß, wenn man den Uebelständen gesetzlich nicht beikommen könne, man besser täte, eine Aenderung des Regierungssystems ins Auge zu fassen, als dauernd Zwangsmaßregeln zur Anwendung zu bringen. Die Antwortadresse wurde schließlich angenommen.

Von der Buggenhagen-Versammlung.

Ein Leser unseres Blattes schreibt uns unter dem Datum, des gestrigen Tages:

Geehrte Redaktion!

Sie haben in Ihrem heutigen Abendblatt (es handelt sich also da das Schreiben vom 3. datiert ist, um das Abendblatt vom Montag. Red.) bereits berichtet, daß es in der freisinnigen Wählerversammlung bei Buggenhagen zu Störungen gekommen ist, weil ein Versammlungsbesucher einen Zwischenruf machte und dann gewaltsam hinausbefördert wurde. Ich bin kein Sozialdemokrat, sondern ein alter Fortschrittler. In die Versammlung bin ich nicht aus Vorliebe für die Redner des Tages gegangen, die von den Berliner Freisinnigen in Bezirksvereinsversammlungen und in ähnlichen Versammlungen schon so bis zum Ueberdruß gehört worden sind, daß kein Mensch mehr in diese Versammlungen geht, wenn er an dem Abend was besseres zu tun hat. Denn es sind immer wieder dieselben Redner, die uns da vorgesetzt werden, und man weiß schon vorher, was sie sagen werden. Hauptsächlich aber, daß sie sich gegenseitig immer furchtbar rausstreichen und jeden Freisinnigen für einen dummen Kerl erklären, der einmal nicht ihrer Meinung ist. (Ich schreibe, wie mir der Schnabel gewachsen ist.) In die Buggenhagen-Versammlung bin ich nur gegangen, um mich persönlich zu überzeugen, wie es die Herren anfangen würden, das Unmögliche möglich zu machen und ihre Haltung im Block zu entschuldigen. Ich sah bald ein, daß ich besser getan hätte, den von Ihnen am Freitag empfohlenen Sonntagsausflug zu machen. Auf mich machte die Herumrederei der Parteimandarinen um die Blockpolitik einen schlechten Eindruck.

Aber das Schlimmste war doch das in Ihrem Bericht erwähnte Vorkommnis der Rausschmeißung eines Versammlungsbesuchers, der weiter nichts getan hatte, als daß er einen Zwischenruf bei der Rede Cassels riskierte, dessen Wortlaut ich nicht mehr genau weiß, der aber durchaus nicht in gehässiger Form auf die konservativ-liberale Paarung hinwies. Als wenn der Mann wie die Attentäter in Lissabon auf Herrn Cassel einen Mordversuch gemacht hätte, und als wenn ein Dutzend Tingeltangelrausschmeißer um ihn postiert gewesen wären, so wurde der „Verbrecher" beim Wickel gekriegt und an die Luft gesetzt. Ein ungeheurer Lärm von Entrüsteten begleitete diese Exekution,

die auf jeden besonnenen und vernünftigen Menschen einen widerwärtigen Eindruck machte. Also dahin ist es gekommen, daß die freisinnigen Parteigrößen nicht einmal mehr einen einzigen Zwischenruf vertragen können, wie ihn sich im Reichstag jeder Redner gefallen lassen muß, ohne daß ihm um seine Gottähnlichkeit bange wird

Ich kann Ihnen sagen, ich war empört über diesen unerhörten Akt der Intoleranz, der mir unsäglich roh vorkam. Und wenn ich nicht gefürchtet hatte, die fanatischen Leibgardisten der Herren Cassel. Müller-Meiningen und der übrigen Halbgötter des Blocks hätten mir den Rock vom Leibe gerissen, so hätte ich meinem Ingrimm über das Erlebte entschieden Luft gemacht. Aber ich dachte, aus der Parteikasse wird dir dein Anzug doch nicht ersetzt, und so unterließ ich meinen nutzlosen Protest. Einen erbärmlich kläglichen Eindruck machte es auch auf mich und, wie mir schien, noch auf viele andere Besucher, daß man keine Diskussion mit Gegnern zulassen wollte. Nur einige Zustimmungsredner durften ihr Sprüchlein hersagen. Sonst war die ganze übrige Versammlung gleichsam nur zum Hurrahrufen da. Hinterher heißt es dann: eine „großartige Kundgebung des freisinnigen Bürgertums," wo man durch die Kartenausgabe jedes „verdächtige" Individuum fernhält und jede, auch die leiseste Betätigung einer abweichenden Meinung mit brutaler Gewalt unterdrückt. Ich frage Sie, was für einen Wert hat eine solche abgekartete Versammlung, wo man von vornherein weiß, daß nur Beifallsbrüller da sein werden? Sie bemerken in Ihrem Bericht, man ließ keine Diskussion zu, wohl in der Erwägung, daß es mit der Widerlegung gegnerischer Reden hapern würde. Diesen persönlichen Eindruck hatte ich auch, nachdem ich die fadenscheinigen Gründe gehört hatte, mit denen die Herren ihre Blockpolitik zu beschönigen versucht hatten.

Ich schreibe dies alles hin, wie ich es empfunden habe. Wollen Sie Gebrauch davon machen, dann habe ich nichts dagegen. Zum Schluß will ich Ihnen von Herzen Dank sagen für Ihre echt demokratische Haltung in der Blockpolitik. Wenn ich Ihnen meine Eindrücke vom Sonntag beschrieben habe, so bin ich dabei Ihrem Beispiel gefolgt, das heißt, ich habe kein Blatt vor den Mund genommen.

Mit bestem Gruß

ergebenst

W. K.,

Leser der „Volks-Zeitung" seit 1869.

Wir geben diese Zeilen ohne jede Aenderung wieder, weil sie vielleicht dem einen oder dem anderen der Fraktionellen zu denken geben.

Ein „glänzendes" Gefecht.

General d'Amade, der Oberbefehlshaber der in Marokko operierenden französischen Truppen, hat an die französische Regierung folgendes Telegramm gesandt:

Die Kolonne des Oberst Boutegourd hat südlich von Dar Ber Reschid den Mzamzas ein glänzendes Gefecht geliefert. Der Kampf dauerte zwei Stunden. Die Kolonne zog sich, ohne beunruhigt zu werden, zurück. Die Verluste der Marokkaner sind sehr groß. Französischerseits sind ein Leutnant und sieben Soldaten tot, ein Oberstleutnant, ein Hauptmann, zwei Leutnants und 46 Soldaten verwundet. Admiral Philibert bestätigt das Gefecht und fügt hinzu, daß der Machsen in Rabat viele Vorschläge seitens der Stämme zur Wiedereinnahme von Mekines und Fes erhält.

Da sich die Kolonne des Obersten Boutegourd, wie aus dem Bericht hervorgeht, zurückziehen mußte, so stellt dies „glänzende Gefecht" keineswegs einen glänzenden Sieg dar.

Durch einen Schneesturm

wurde eine Kompagnie des ersten Regiments der Fremdenlegion, die in dem marokkanisch-algerischen Grenzgebiet tätig ist, auf das schwerste heimgesucht. Aus Ain Sefra wird darüber berichtet: Die Kompagnie, die als Garnison für Fort Hassa bestimmt war, wurde auf dem Marsche dorthin von einem Schneesturm überrascht und zur Hälfte zerstreut. Die meisten Mannschaften konnten in bejammernswürdigem Zustande ein Beduinendorf oder Fort Hassa erreichen, aber 21 Legionäre wurden leblos im Schnee begraben gefunden. Man befürchtet, daß noch mehr Leute ums Leben gekommen sind.

Paris, 4. Februar. Dem „Figaro" zufolge hat die Regierung beschlossen, den bisherigen Präsidenten des obersten Marinegerichts, Vizeadmiral Touchard, zum **Botschafter in Petersburg** zu ernennen.

Der Erzbischof von Rouen, Mgr. Fuzet bezeichnet die Meldung, daß mehrere Bischöfe vom Papst seine Entlassung verlangt hätten, weil er zum Leichenbegängnis eines beim Vatikan mißliebigen Priesters seinen Generalvikar entsandte, als falsch. Diese Meldung sei lediglich auf eine gegen ihn gerichtete Kampagne zurückzuführen.

Zur Arbeiterbewegung.

Zum Lohnkampf bei Ludwig Löwe. Im „Moabiter Gesellschaftshaus", Wiclefstraße tagte heute vormittag eine Versammlung der streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter aus den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken. Handtke vom Deutschen Metallarbeiterverband gab den Situationsbericht. Danach sind in der Lage des Streiks und der Aussperrung keine wesentlichen Aenderungen eingetreten. In Arbeit stehen nur noch die Werkzeugmacher, etwa 60 an der Zahl, die von den Organisationen noch nicht herausgezogen sind. Arbeitswillige haben sich bisher noch nicht gefunden, dagegen bemüht sich die Firma, die Werkmeister zu den Arbeiten der streikenden Einrichter heranzuziehen. Vorläufig ist keine Aussicht auf eine Beilegung des Streikes vorhanden, da die Direktion jede weitere Verhandlung mit den Organisationsvertretern abgelehnt hat. Die Direktion ist auch auf den Vermittelungsvorschlag, die Lohnkürzungen auf die Hälfte herabzusetzen, nicht eingegangen. Die Versammelten beschlossen, im Streik so lange zu verharren, bis die Direktion die Lohnkürzungen zurückgezogen hat.

Lokales.

Neue Abholzungen im Grunewald

sind angeordnet worden, um eine Strecke für den Bau einer Eisenbahn freizulegen. Es soll die Zweigbahn, die von der Vororteisenbahn bis zur Hindernißrennbahn gebaut wird, bis Spandau weitergeführt werden. Diese Linie geht durch die Jagen 107, 128 und 146, deren Durchforstung zur Herstellung des Bahnkörpers jetzt in Angriff genommen wird; ferner durchschneidet sie das Terrain der Infanterieschießschule auf eine kurze Strecke sowie die Domäne Ruhleben und geht von dieser auf Spandauer Gebiet über, um im Hamburger Bahnhof zu münden.

Eine überraschende Aufklärung hat ein „Einbruch" gefunden, der Ende vorigen Monats bei dem Wäsche- und Posamentenhändler Leo Matzlazki am Markgrafendamm 35 stattgefunden haben sollte. Die „Einbrecher" hatten nachts bei hellem Lampenschein gearbeitet und alles mitgenommen, was im Laden war, im ganzen für etwa 1500 Mark. Keine Spur war von ihnen zu finden. Die Kriminalpolizei, der Anzeige gemacht wurde, ermittelte, daß das Geschäft schlecht gegangen, aber hoch versichert war. Auch die Nachtarbeit bei Lampenlicht war verdächtig. Bei den weiteren Nachforschungen ergab sich, daß der Firmeninhaber in jener Nacht selbst im Laden eifrig bei der Arbeit war. Vater und Sohn hatten alles ausgeräumt und zusammengepackt, während ein zweiter Sohn vor der Tür stand und aufpaßte. Als man den „Bestohlenen" diese verdächtigen Dinge vorhielt, blieben sie bei ihrer Behauptung. Die fortgesetzten Ermittelungen bestätigten aber den Verdacht, daß die Geschäftsleute die Waren selbst weggeschafft haben. Die Versicherungsgesellschaft zahlte ihnen daher auch den Schaden nicht aus, sondern zeigte sie wegen versuchten Betruges an. Nach Klarstellung des Sachverhaltes wurden die Beschuldigten, die festgenommen worden waren, einstweilen wieder freigelassen, während das Verfahren seinen Fortgang nimmt.

Das Försterdrama am Müggelsee. Die Witwe des ermordeten Försters Schwartzenstein, die, wie gemeldet, seit einigen Tagen aus dem Försterhause am Müggelsee verschwunden war — eine Tatsache, an die unkontrollierbare Gerüchte geknüpft wurden —, ist gestern bereits wieder im Försterhause eingetroffen. Die Frau befand sich auf der Wohnungssuche, da sie das Försterhaus, an das sich für sie so schmerzliche Erinnerungen knüpfen, verlassen will. Der Viehbestand wurde von ihr bereits verkauft.

Bei einer Streife wurden in der vergangenen Nacht aus einem Bouillonkeller in der Brunnenstraße 185 achtzehn Männer und vier Mädchen nach der Wache des 62. Reviers gebracht. Zwölf Personen wurden der Kriminalpolizei zugeführt.

Ein Kindesmord liegt anscheinend einem Leichenfund zugrunde, der auf dem Grundstück Marianneufer 7 gemacht wurde. In einem versteckten Winkel des Hausflurs fanden Bewohner ein Paket, in dem sie beim Oeffnen die Leiche eines mehrere Wochen alten Mädchens entdeckten. Die Umhüllung bestand aus zwei blauen und einem weißen Tuch sowie aus grauem Packpapier. Es sprechen verschiedene Anzeichen dafür, daß das Kind eines gewaltsamen Todes gestorben ist. Die Leiche wird gerichtlich obduziert werden.

Der Raubmörder Sternickel befindet sich anscheinend auf dem Wege nach Berlin. Er hat sich, wie jetzt festgestellt ist, in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend in der Herberge in Schönhausen bei Rathenow aufgehalten und in der folgenden Nacht vermutlich in Premnitz (Jerichow) geweilt. Sein Aufenthalt in Schönhausen ist nachgewiesen. Er hatte dort eine polizeiliche Revision befürchtet und schleunigst unter Zurücklassung der auf den Namen Clemens lautenden Invaliditätskarte, die Flucht ergriffen. Bei seinem Aufenthalt in Schönhausen trug Sternickel einen schwarzen Gehrock, dunkele Hosen und schwarzen Schlapphut. Zur Verfolgung Sternickels soll jetzt dessen eigener Hund verwendet werden, den Sternickel bis kurz vor seiner Festnahme in Wernitz im Besitz hatte. Er verkaufte das Tier nach Packebusch in der Altmark. Dieser Hund soll auf die Spur des Flüchtlings gebracht werden.

Diebe und Hehler. In der Landsbergerstraße wurden gestern zwei Einbrecher und ihr Hehler unschädlich gemacht. Dort sahen Leute im Hause Nr. 26 zwei Männer mit Säcken schwer beladen am hellen Tage die Treppe herunterkommen. Sie holten die Polizei und ließen die Verdächtigen festnehmen. Die Säcke waren mit gestohlenen Betten, Kleidern, Gold- und Silbersachen gefüllt. Die Ertappten, die „Arbeiter" Richard und Hermann Zöllner, räumten den Diebstahl ein. Aus einem Zettel, den man bei ihnen fand, erfuhr man auch ihren Hehler, einen russischen Händler Jakob Mendrowski. Bei diesem und den Einbrechern entdeckte die Kriminalpolizei eine große Menge Beute aus anderen Diebstählen. Ueber diese können die Verhafteten im einzelnen keine Auskunft mehr geben. Es sind aber mindestens 20 Einbruchsdiebstähle, die ihnen nachweislich zur Last fallen. Die beiden Diebe „arbeiteten" nur am hellen Tage. Sie fuhren als „Lumpenhändler" mit einem Handwagen umher, klingelten alle Wohnungen ab und kantelten sie auf, wenn ihnen nicht geantwortet wurde. Mit der Beute trieb Mendrowski einen lohnenden Handel in Berlin und nach der russischen Grenze.

Drei Personen durch Ofengase betäubt. In dem zur Wohnung des Oekonomen Fritz Nolting gehörenden Gesinderaum im Kellergeschoß des Neuen königlichen Operntheaters am Königsplatz wurden in der vergangenen Nacht die 41, 28 und 50 Jahre alten Küchenmädchen Agnes Schuldt, Marie Wegebauer und Anna Wichilska von dem Gärtner Ernst Zucker betäubt aufgefunden. Zucker, der in dem Nebenraum schläft, war durch starkes Röcheln aufmerksam geworden; er drang in das mit Ofengasen angefüllte Zimmer und öffnete sofort die Fenster. Dann rief er den wachthabenden Arzt der königlichen Klinik herbei. Dieser stellte sofort mit Hilfe eines von der Feuerwehr erbetenen Sauerstoffapparates erfolgreiche Wiederbelebungsversuche an. Die drei Mädchen wurden darauf mittels Krankenwagens der Charité zugeführt. Die giftigen Gase sind dadurch entstanden, daß man den Kachelofen stark überheizt und zu früh geschlossen hat.

Aus den Vororten.

Die Charlottenburger Brücke ist nunmehr in ihrer vollen Ausdehnung wieder dem Verkehr freigegeben worden, nachdem die polizeilich angeordnete Abtragung des zweiten Turmgerüstes, das ebenfalls einzustürzen drohte, durchgeführt ist. Ein neues schwereres Gerüst soll nunmehr baldigst zur Aufstellung gelangen, damit die Brückentorbauten bei Eintritt günstiger Witterung fortgesetzt werden können.

Bei einem verhängnisvollen Unglücksfall hat in der vergangenen Nacht der 27 Jahre alte Bremser August Weber aus Rummelsburg den Tod gefunden. Weber hatte den Güterzug Nr. 7745, der nach Fürstenwalde fuhr, im Bremserhäuschen begleitet. Kurz vor der Station Fürstenwalde mußte der Zug vor der Einfahrt längere Zeit anhalten, da die Lokomotive mit Wasser versehen wurde. Während dieser Zeit hatte W. aber sein Bremserhäuschen verlassen. Als der Zug die Fahrt wieder fortsetzte, glitt er aber beim Besteigens des Wagens auf dem Trittbrett aus und stürzte auf die Gleise. Unglücklicherweise wurde der Unfall nicht bemerkt; der Zug fuhr über den Verunglückten hinweg. Weber wurde später von einem Streckenbeamten als gräßlich verstümmelte Leiche aufgefunden.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung vom 4. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. Delbrück.

Der Gesetzentwurf, betreffend die **Erweiterung des Landespolizeibezirks Berlin,** wonach dem Landespolizeibezirk Berlin der Bezirk der Stadtgemeinde Lichtenberg und der der Landgemeinde Boxhagen-Rummelsburg hinzutreten, wird in erster und zweiter Beratung angenommen.

Desgleichen der Gesetzentwurf, betreffend die Uebertragung polizeilicher Befugnisse in Gemeinde- und Gutsbezirken der Umgebung von Potsdam an den Polizeidirektor zu Potsdam.

Ebenso werden in erster und zweiter Beratung angenommen der Gesetzentwurf, betreffend Erweiterung des Stadtkreises Magdeburg und der Gesetzentwurf über die vierteljährliche Vorausbezahlung der Beamtengehälter und über das Gnadenvierteljahr.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die weitere **Aufschließung des staatlichen Besitzes von Steinkohlenfeldern im Obergamtsbezirke Dortmund.** Durch die Vorlage wird die Regierung ermächtigt, drei Doppelschachtanlagen in diesem Bezirk herzustellen und dafür einen Betrag bis zu 55 Millionen Mark zu verwenden.

Gleichzeitig steht zur Beratung ein Zentrumsantrag durch den die Staatsregierung um baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs ersucht wird, in dem für die weitere Aufschließung des

---

Hebbel-Theater.

Die hinreichend gerühmte Aufführung des nachdenksamen Shawschen Spieles „Frau Warrens Gewerbe" ist nunmehr ins neue Heim hinübergewandert und findet in den intimeren Räumlichkeiten einen weit stärkeren Hall als in dem nüchternen Zentraltheater. Diese Vorstellung gehört sicherlich zu dem Sehenswertesten, was das Berliner Theater augenblicklich bietet. Die imposante Leistung der Bertens, die schlicht-feine Art der Maria Meyer, Nissens derbe Karikatur des englischen Spekulationslords und Paul Ottos liebenswürdig-patziger Windhund: das ist ein Zusammenspiel, wie es auch gefestigte und längst ineinandergefügte Ensembles nur selten aufbringen. Dazu Shaws geistvoll-schneidige Polemik, sein temperamentvoll-ironisches Debattieren über Moral und Tugend: es ist doch mehr als eine launische Mode, die diesem frühen Shaw ihre Gunst gibt. **K.**

Das Friedrich Wilhelmstädtische Schauspielhaus

hat das dreiaktige Lustspiel von Friedrich Schätzler-Perasini „Sein Prinzeßchen" in den Spielplan aufgenommen. Dem Verfasser kann man sein Stück verzeihen; er erhebt ausdrücklich keinen Anspruch auf Originalität und literarischen Wert. Aber das Friedrich Wilhelmstädtische Schauspielhaus hat erst unlängst noch mit der Aufführung von Wildenbruchs „König Heinrich" die Absicht bekundet, sein Publikum zu gutem Geschmack und zu einer erwählteren Kost zu erziehen. Und fast scheint uns das Publikum beharrlicher als die Bühnenleitung. Gewiß, es überließ sich gestern dem mechanischen Reiz auf die Lachmuskeln, der von den nach uraltem Rezept erzeugten Reizen und Kontrastspäßen des Schätzlerschen Stückes ausging, es rief auch den Verfasser, der willig folgte, mehrmals auf die Bühne, aber es gab seinem Beifall doch eine Nuance, die erkennen ließ, daß es besseres gewohnt sei. Das gibt der Direktion hoffentlich Veranlassung, recht bald wieder zu den lobenswerten bisherigen Grundsätzen zurückzukehren.

Die Darstellung stürzte sich nicht in große Unkosten. Herr Rudolf Werner gab den Gatten des Prinzeßchens ganz annehmbar, er hat aber in besseren Rollen schon viel besseres geliefert. Fräulein Müller war das Prinzeßchen. Sie mußte im letzten Moment für eine erkrankte Kollegin einspringen. Das merkte man der Leistung ein wenig an, aber abgesehen von einer kleinen, daraus entspringenden Unsicherheit war sie befriedigend. Alles in allem aber, und um den Lieblingsausdruck eines im Stücke vorkommenden überaristokratischen Kammerdieners zu gebrauchen: pein—licht. **r.**

Ernst Dohm.

Ein Vierteljahrhundert ist am 5. Februar vergangen, daß der Meister politischer Satire, der unvergessene Ernst Dohm, aus dem Leben schied, einer der schlagfertigsten und dabei künstlerisch vornehmsten, formgewandtesten zugleich. Ernst Dohm, der ein Alter von 64 Jahren erreicht hat — er war am 24. Mai 1819 zu Breslau geboren —, hatte in Berlin Theologie und Philosophie studiert und begann in verhältnismäßig frühen Jahren seine schriftstellerische Tätigkeit an verschiedenen deutschen Zeitschriften, während er zugleich in Berlin die Stelle eines Hauslehrers bekleidete. Allgemein bekannt wurde er aber erst, als er im Jahre 1849 an Stelle von David Kalisch die Chefredaktion des „Kladderadatsch" übernahm, dem er seit seiner, ein Jahr früher von Kalisch und Hofmann erfolgten Begründung als Mitarbeiter angehört hatte, und dem er nun als Leiter bis an sein Lebensende treu blieb. Er war kühner, spitzer und vor allem politischer als der gemütliche Kalisch und brachte das Witzblatt, unterstützt von hervorragenden Mitarbeitern, auf seine eigentliche Höhe. Neben dieser Tätigkeit fand aber Dohm noch Zeit, wenn auch nicht in dem Umfange wie Kalisch, sich als Bühnenschriftsteller zu betätigen, und sein im Jahre 1864 erschienenes Lustspiel „Der trojanische Krieg", wo er unter der Maske des altklassischen Feldzuges moderne deutsche Verhältnisse verspottete, ging, ebenso wie sein Schwank „Ihr Reiter", über viele deutsche Bühnen. Dohm übersetzte auch vieles aus dem Französischen und dem Spanischen. Vor allem verdanken wir ihm eine tadellose Uebertragung der Fabeln Lafontaines.

Ein historisches Bild.

Heinrich v. Kleist ist zu seinem Drama „Prinz Friedrich von Homburg" durch ein Gemälde von Karl Kretschmar „Der Große Kurfürst und Prinz Friedrich von Homburg nach der Schlacht bei Fehrbellin" angeregt worden, das sich 1800 auf der Berliner Kunstausstellung befand. Obwohl Friedrich Wilhelm III. das Werk angekauft hatte, war es jetzt verschollen und alle Anfragen bei der Verwaltung der königlichen Schlösser hatten nur negativen Erfolg. Auch Direktor Dr. Seidel erklärte, daß das Gemälde unter den rund 11,000 Bildern des königlichen Besitzes nicht zu finden sei. Jüngst war es indes Professor Dr. Hermann Gilow durch eine öffentliche Anfrage gelungen, einen Kupferstich von Freidhof nach dem Bilde von Kretschmar zu ermitteln. Und nun teilt Gilow soeben in dem Organ des Vereins für die Geschichte Berlins mit, daß die durch ihn bewirkte Wiedergabe des Stiches die Folge gehabt habe, daß der Kaiser, dem die Veröffentlichungen des Vereins für die Geschichte Berlins vorgelegt werden, sich sofort eines entsprechenden, im Treppenhause des kronprinzlichen Palais befindlichen Oelgemäldes erinnerte, eben des Kretschmarschen Originals. So wäre denn, schreibt Professor Gilow, der Verbleib des so lange von den Freunden Kleists gesuchten Bildes, das dem märkischen Dichter wohl zuerst den Stoff zu seinem „Prinz Friedrich von Homburg" vor die Seele gerückt hat, ermittelt.

„Salome" in Neapel. Strauß' „Salome" erzielte im San Carlo-Theater in Neapel, wie berichtet wird, einen überwältigenden Erfolg. Obschon von intransigent klerikaler Seite gegen die Oper, da sie unmoralisch sei, gehetzt und die Aristokratie zur Boykottierung aufgefordert worden war, war das Haus bis auf den letzten Platz gefüllt. Gemma Bellincioni als Salome bestrickte durch Stimme, Tanz und Mimik in gleicher Weise und brachte die Perversität der schönen Orientalin unübertrefflich zum Ausdruck. Höchstes Lob verdiente das von Maestro Sturani vorbereitete Orchester, das seine schwierige Aufgabe glänzend löste. Strauß, der selbst dirigierte, und die Darsteller wurden am Ende der Oper immer von neuem gerufen.

Theaterchronik. Im Kleinen Theater befindet sich das vieraktige Lustspiel „2 × 2 = 5" von Gustav Wied in Vorbereitung.

Im Bürgerlichen Schauspielhause geht am Freitag das Lustspiel „Krieg im Frieden" von G. v. Moser und Schönthan zum ersten Mal in Szene.

Kleine Mitteilungen. Am Sonntag, 9. Februar, abends 7 Uhr findet als 364. Veranstaltung des Vereins für Volksunterhaltungen im Hörsaal des Kunstgewerbemuseums (Prinz Albrechtstraße 7/8) ein Projektionsvortrag über „Rembrandt van Ryn" von Dr. Max Osborn statt. — August Junkermann wird an seinen Reuter-Abenden am Mittwoch, 5. Februar „Stromtid und Festungstid", am Freitag, 7. Februar „Stromtid und Franzosentid" vortragen und am Sonntag, 9. Februar einen „Bunten Abend" mit Dichtungen von Holthusen, Rudolf Presber, Josepha Metz, Otto Sommerstorff, Saphir, Fritz Reuter und Wilhelm Busch veranstalten.

Heiteres.

Boshaft. „... Ihr Cousin ist Arzt — hat er eine große Praxis? — „Ach nein — er ist noch Doktor zu Fuß!"

Immer Militär. Leutnant A.: „Da steht ja das Bild deiner Schwiegermutter auf deinem Schreibtisch." — Leutnant B.: „Ja, markierter Feind."

...tlichen Besitzes an Steinkohlenfeldern im Oberbergamtsbezirke Breslau 25 Millionen Mark gefordert werden sollen.

Abg. Dr. Hager (Ztr.): Eine Kohlennot, wie wir sie jetzt haben, haben wir auch schon 1900 gehabt. Zur Verminderung der Kohlennot würde vor allem beitragen können die Verminderung der Kohlenausfuhr. Auch sollten nicht Kohlen an das Ausland billiger abgegeben werden als an das Inland, ebenso sollten die Ausfuhrtarife nicht niedriger sein als die Einfuhrtarife. Eine wirksame Verminderung der Kohlenknappheit und damit der Kohlenteuerung ist aber nur zu erwarten von einer Verstärkung der Produktion, wie wir sie in unserem Antrage verlangen. Der Staat muß der Privatindustrie in der stärkeren Förderung vorangehen, während er jetzt hinter ihr zurückbleibt. Unser Antrag bezweckt die Steigerung der Förderung in Schlesien um 3 Millionen Tonnen. Die Durchführung unseres Antrages würden 25 Millionen kosten, die Vorteile werden aber dem ganzen Lande zugute kommen.

Abg. Stackmann (kons.): Die allgemeinen Fragen, die der Herr Vorredner berührt hat, werden wir erst bei der Generaldebatte des Bergetats erörtern. Das Ziel, was die Regierung erstrebt, nämlich ein größerer Einfluß im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier auch in bezug auf die Preisbildung, kann zweifellos nur durch Bereitstellung besonderer Mittel, wie dies der Entwurf vorsieht, erreicht werden. Wenn wir aber der Vorlage zustimmen, so erkennen wir damit nicht unsere prinzipielle Zustimmung zu ähnlichen Vorlagen in der Zukunft an. (Sehr richtig! rechts.)

Dagegen glauben wir einen solchen Druck, wie er in dem Antrag des Zentrums liegt, auf den Herrn Minister nicht ausüben zu können. Sachlich sympathisieren wir ja mit dem Antrag, glauben aber die Verantwortung für ein solches Vorgehen der Regierung überlassen zu müssen. Wir beantragen die Ueberweisung der Vorlage und des Zentrumsantrags an die Budgetkommission. Die Ausfuhrzölle für Kohlen müssen beseitigt werden. Bei der Abgabe der fiskalischen Kohlen sollte man die Genossenschaften besonders berücksichtigen. (Beifall rechts.)

Abg. Hilck (natl.): Die Steigerung der Förderung von Kohlen durch die Privatindustrie ist größer gewesen als die des Fiskus, und die wäre im Westen noch größer gewesen; wenn die Kohlenindustrie dort nicht unter dem Wagenmangel zu leiden gehabt hätte. Den größten Teil der

Schuld an der Kohlenknappheit

trägt unbedingt der Fiskus. Das Kohlensyndikat hat trotz der Steigerung der Forderung seinen Export eingeschränkt und noch engliche Kohlen zur Versorgung des Inlandes bezogen. Wir stimmen der Vorlage zu. Dem Zentrumsantrage stehen wir sympathisch gegenüber, wenn wir auch noch nicht einsehen können, daß für Schlesien eine derartige Maßnahme notwendig ist. (Beifall.)

Minister Dr. Delbrück: In Westfalen hat der Fiskus seinen Besitz an Kohlenfeldern unter Aufwand großer Mittel erworben, und es liegt in der Natur der Dinge, daß wir versuchen, sie möglichst wirtschaftlich nutzbar zu machen. Diesem Zweck dient auch die jetzige Vorlage. Mit der Tendenz des Zentrumsantrages bin ich einverstanden. Auch ich erkenne an, daß eine raschere Aufschließung der fiskalischen Kohlenfelder in Oberschlesien notwendig ist. Ich möchte aber die Frage offen lassen, ob es zweckmäßig sein würde, jetzt eine Anleihe für diesen Zweck zu befürworten. Lieber würde mir es sein, wenn ich einen Anschluß darüber erst im nächsten Jahre zu fassen brauchte. Die Kohlenknappheit ist in der Hauptsache eine Folge des gestiegenen Konsums. Eine Kohlennot ist in einzelnen Teilen der Provinzen Posen, Ostpreußen, Westpreußen und Pommern vorhanden gewesen, die im wesentlichen auf den gesteigerten Bedarf an Hausbrand infolge der verminderten Holzeinfuhr aus Rußland zurückzuführen war. Diese Not darf als beseitigt angesehen werden durch

ein Uebereinkommen,

das wir mit den Firmen Cäsar Wollheim und Friedländer getroffen haben. (Hört, hört!) Das Kohlensyndikat und die fiskalischen Gruben sorgen dafür, daß die Großhändler nicht zu hohe Preise nehmen können. Ich habe Vorsorge getroffen, daß die Genossenschaften in Zukunft besser bei der Abgabe von Kohlen berücksichtigt werden als es bisher möglich war. Die Beobachtungen, die vielfach gegen die Preispolitik des Fiskus geltend gemacht worden sind, sind unbegründet. Den Ausführungen des Abg. Hilck gegenüber bemerke ich, daß ich auch im vorigen Jahre englische Kohlen zur Versorgung des Saarreviers gekauft habe. Leider habe ich infolge der

Menschenfreundlichkeit des Kohlensyndikats,

das mich nichts weniger als unterstützt hat, nicht annähernd so viel erhalten, wie ich haben wollte. (Heiterkeit.) Wir hoffen, die Kohlenknappheit außer durch Steigerung der Förderung auch durch Vermehrung und Verbesserung der Kommunikationswege vermindern zu können. (Beifall.)

Abg. Gyßling (fr. Vp.): Ich kann meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß der Minister Maßnahmen zur Beseitigung des Kohlenmangels im Osten getroffen hat. Ob die Genossenschaften in der Lage sein werden, die Kleinhändler zu ersetzen, das erscheint mir sehr zweifelhaft. Der Vorlage stimmen wir zu. Auch den Zentrumsantrag begrüßen wir mit Sympathie. Wir haben auch nichts gegen die Beratung der Vorlage und des Antrages in der Budgetkommission einzuwenden. Richtiger wäre es gewesen, wenn die Regierung den Weg der weiteren Aufschließung ihrer Kohlenfelder schon früher betreten hätte. Für notwendig halten wir es, daß die Mittel für diese Zwecke aus Anleihen zu decken sind. Erfreulich ist es, daß die Steigerung der Kohlenförderung bei uns erheblich größer ist als in Frankreich und Belgien. Die Produktionskosten werden wohl noch weiter steigen, da es notwendig ist, die Arbeiter möglichst gut zu stellen. Man soll nicht an die weitere Verstaatlichung von Bergwerken denken, sondern erst das jetzige fruktifizieren, was an Staatsbesitz vorhanden ist. Hoffentlich wird es gelingen, möglichst billige Kohlenpreise herbeizuführen. (Beifall links.)

(Schluß des Blattes.)

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 4. Februar. 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kommissare.

Die zweite Beratung des Militäretats wird fortgesetzt beim Titel „Gehalt des Kriegsministers". Hierzu liegen die bereits mitgeteilten Resolutionen vor.

Neu eingegangen ist eine Resolution Gröber (Ztr.), die die Regierung auffordert, gleichzeitig mit der Verbesserung der dienstlichen Bezüge der Offiziere, Unteroffiziere und Militärbeamten auch für die Gemeinen eine Erhöhung der Bezüge anzufordern.

Ferner ist eingegangen eine Resolution Ablaß (fr. Vp.), die den Reichskanzler auffordert, eine Reform des Militärstrafprozesses, des Beschwerderechts und des ehrengerichtlichen Verfahrens einzuleiten.

Abg. Dr. Mugdan (fr. Vp.): Der Militäretat bringt wieder neue Mehrausgaben, etwa ein Drittel davon rührt her von der Verteuerung der Lebensmittel und der Futtermittel infolge der erhöhten Zölle. Hier sehen Sie deutlich: was die eine Hand gibt, nimmt die andere Hand. Dies wird noch die Zeitlang weiter gehen. Dazu kommt dann noch die notwendige Erhöhung der Offiziersgehälter. Wir will der Kriegsminister da sein dem Liberalismus gegebenes Versprechen nach Sparsamkeit erfüllen? Man kann doch nicht annehmen, daß er nur Worte gemacht hat. Wir befinden uns in einer Finanzklemme, da muß Sparsamkeit geübt werden. Wo sollen wir sparen? Da wir notgedrungen uns doch auch bald mal der alten Kämpfer annehmen müssen (Beifall), wird der Militäretat voraussichtlich immer mehr Ausgaben erfordern. Deshalb meine ich, müssen wir einmal an einer Stelle sparen, wo man bisher die sparende Hand nicht ansetzen wollte. Man glaubt allgemein, daß wir zu viel Kavallerie haben, es herrscht geradezu ein Mißtrauen gegen die Kavallerie. Möge die Militärverwaltung einmal diese Frage in Erwägung ziehen.

(Schluß des Blattes.)

Das Vereinsgesetz in der Kommission.

Die Kommission des Reichstages für das Vereinsgesetz nahm heute den § 2 in folgender Fassung an:

„Jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische (in der Vorlage hieß es „öffentliche") Angelegenheiten bezweckt, muß einem Vorstand und eine Satzung haben. Der Vorstand ist verpflichtet, binnen 14 Tagen (in der Vorlage hieß es „binnen einer Woche") nach Gründung des Vereins die Satzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes, der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde einzureichen. Ebenso ist jede Aenderung der Satzung sowie jede Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes binnen 14 Tagen nach dem Eintritt der Aenderung anzuzeigen. Die Polizei ist zu einer unentgeltlichen Bescheinigung verpflichtet, und die Landeszentralbehörde ist befugt, Ausnahmen zugestehen zu können. (Dieser Satz ist neu eingefügt.) Die Satzung sowie die Aenderungen sind in deutscher Fassung einzureichen."

Die Wahlprüfungskommission

des Reichstages setzte die Abstimmung über die Gültigkeit der Wahl des Abg. Schwabach (natl.) aus, bis die Ergebnisse der Verhandlungen gedruckt vorliegen und erklärte die Wahl des Abg. Pottdorf (fr. Vp.) einstimmig für gültig.

Die Budget-Kommission des Reichstages beendete in ihrer heutigen Sitzung die Beratung des Postetats. Dann wurde die Beratung des Etats der Reichseisenbahnen begonnen. Minister Breitenbach gab Auskunft über die Folgen der Fahrkartensteuer und der Tarifreform. Die Fahrkartensteuer allein bringe einen Ausfall von 10 Millionen Mark.

Kleine Chronik.

Erdbeben im Vogtlande. Aus Plauen wird berichtet: Nach längerer Ruhepause wurde heute früh in Brambach bei einer Temperatur von minus 13 Grad Celsius wieder ein Erdbeben verspürt. Dem „Vogtländischen Anzeiger" zufolge wurde der erste ziemlich heftige Stoß, der von Westen nach Osten erfolgte, 5 Uhr 51 Minuten verspürt. 6 Uhr 1 Minute, 6 Uhr 12 Minuten, 6 Uhr 15 Minuten und 6 Uhr 17 Minuten erfolgten weniger heftige Stöße. Ein weiterer heftiger Stoß wurde 8 Uhr 6 Minuten bemerkt.

Die Influenza in München. In München grassiert, wie von dort berichtet wird, gegenwärtig eine heftige Influenzaepidemie. Die Krankenhäuser sind überfüllt. In der Ortskrankenkasse in München ist der Krankenstand gegenwärtig abnorm hoch. Etwa der dritte Teil aller Krankheitsfälle, die dem Vertrauensarzt vorgeführt werden, ist auf Influenza zurückzuführen.

Beim Eisenbahnbau verunglückt. Aus Concarneau im Departement Finistère wird gemeldet, daß auf der im Bau begriffenen Bahnlinie nach Pontaven drei offene Wagen mit 15 Arbeitern entgleisten und ins Meer stürzten. Ein Arbeiter ist ertrunken, zwei wurden verletzt.

INDUSTRIE · HANDEL · BÖRSE

Berlin, 4. Februar. Die lebhafte Aufwärtsbewegung des Standardpapieres der Welt, der englischen Konsols, übte heute auf den hiesigen Markt eine anregende Wirkung aus. Die Spekulation sagte sich, dass die Steigerung des Kurses der englischen Konsols ein Beweis für die fortschreitende Besserung des englischen Geldmarktes sei, die ja auch tatsächlich in der Entwickelung der Bank von England — der Goldbestand ist wesentlich größer als im Vorjahr — zum Ausdruck kommt. Die Katastrophe in Lissabon war heute von der Börse fast schon vergessen, ja, sie trug indirekt zur Befestigung der Gesamttendenz der Börse etwas bei, indem einige Baissepositionen, die gestern eingegangen waren, zur Lösung gelangten. Die Abrufung des bisherigen Diktators Franco wurde an der Börse günstig beurteilt, da von seinem Ausscheiden eine schnellere Beseitigung der portugiesischen Wirren erhofft wird. Am Rentenmarkte waren unter dem Einfluss der Kursbesserung der englischen Konsols unsere Sproz. Anleihen wesentlich höher. Auch japanische Werte zeigten eine nennenswerte Besserung. Am Bankaktienmarkte standen die Aktien der Oesterreichischen Kreditanstalt im Vordergrunde des Interesses. In Uebereinstimmung mit Wien und infolge der Diskontermässigung der Oesterreichisch-Ungarischen Bank setzten die Aktien der Kreditanstalt erwähnenswert höher ein und zogen im Verlaufe der Börse weiter im Kurse an. Am Montanaktienmarkte wurde zugunsten der Aktien des Bochumer Gussstahlvereins auf eine Bemerkung verwiesen, die der Generaldirektor des Werkes hinsichtlich der Geschäftslage angeblich getan haben soll. Die Aktien des Deutsch-Luxemburger Bergwerks gaben beim Angebot von 15,000 M. um 1 pCt. im Kurse nach. An der Nachbörse war das Geschäft still, die Kurse bröckelten etwas ab.

Kurse gegen 3 Uhr. Tendenz: Fest.

Kreditaktien	205,25	Kanada	148,50	Nordd. Lloyd	105,70
Wien. Bankverein	136,75	Pennsylvania	107,80	Hmb. Paketfahrt	117,75
Länderbank	—,—	Orientbahn	117,50	Hansa	—,—
Franzosen	145,50	Anatolier	—,—	Gr. Berl. Strassb.	177,10
Lombarden	26,37	Mittelmeerbahn	78,25	**Im freien Verkehr**	
Diskonto	176,50	Meridionalbahn	137,50	per Cassa.	
Deutsche Bank	237,75	Gotthardbahn	—,—	Laurahütte	218,75
B. Handelsges.	160,90	3% d. Reichs-Anl.	83,60	Dortmunder	59,25
Dresdner Bank	140,40	Russ. Anleihe 1902	83,70	Bochumer	201,80
Darmstädt. Bank	—,—	Spanier	—,—	Gelsenkirchen	187,50
Nationalbank	118,80	3% Portugiesen	62,75	Harpener	202,00
Schnaffh. Bankv.	137,50	4½% Chinesen	—,—	Consolidation	—,—
Komm.-u. Disk.-B.	108,40	Japaner	90,00	Deutsch-Lux. Vrz.	149,75
Russische Bank	138,00	Unit. Türken	—,—	Rhein. Stahlwerke	—,—
Lübecker	183,25	Türkenlose	148,00	Hohenlohe-Werk	—,—
Prince Henri	118,10	Buenos	—,—	Phönix	177,00
Warschau-Wien	108,75	5% Argentinier	—,—	Edison	200,50
Baltimore	86,50	Dynamit-Trust	163,25	Rombach	—,—

Privatdiskont 4⅛ pCt.

△ **Berliner Produktenbörse.** Die Abnahme der sichtbaren Weizenbestände in Amerika und die höheren Notierungen an den Märkten von New-York und Chicago dienten zu Beginn der hiesigen Börse zu einer Stütze der festen Tendenz. Ferner wirkten hierfür die Nachrichten aus Russland, Iwonach in 22 Gouvernements Hungersnot herrsche. Auch wiesen Offerten von Argentinien eine leichte Erhöhung auf. Zu Beginn der Börse war ein lebhafter Kaufbegehr seitens hiesiger Importeure und Kommissionäre, zum Teil anscheinend im Zusammenhang mit westdeutschen Insolvenzen. Infolgedessen stieg Weizen um ¾ Mark. Roggen um 1 M. Im Verlaufe der Börse machte sich eine leichte Abschwächung bemerkbar, von den Steigerungen gingen ca. ½ M. wieder verloren. Das Hafergeschäft verläuft immer noch unbefriedigend, die Preise wiesen wenig Aenderung auf. Allerdings ist die Provinz zurückhaltender gewogen. Mais war im Zusammenhang mit Offerdorungen im Preise erhöht. Am Mehlmarkte war der Verkehr ruhig, die Tendenz erfuhr im Zusammenhang mit den Steigerungen der Getreidepreise eine Befestigung. Im Lieferungsgeschäft war Roggenmehl um 15 Pfennig höher. Rüböl begann infolge von Deckungen und höherer Pariser Notierungen in fester Haltung. Später verursachten Realisationen eine Abschwächung, so dass die Preise zum Teil unter ihr gestriges Niveau zurückgingen.

Am Frühmarkt wurden notiert: Weizen inländ. 217—220 ab Bahn und frei Mühle. Mai 218,25—219,50—219,25, Juli 218,25—218,50. Roggen, inländ. 205—206,50 ab Bahn und frei Mühle, Mai 210,25 bis 211,00. Hafer, märkischer, mecklenburgischer, pommerscher, preussischer, posenscher und schlesischer fein 183—187, mittel 168—172, gering 163—167 ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerikanisch, mixed, 176—178, runder 159—167 frei Wagen. Gerste, inländ. und ausländ. Futtergerste mittel und gering 156—166, gute 167 bis 178, russische und Donau leichte 162—170 Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische und ausländische Futterwaare mittel 185—193, feine Futtererbsen und Taubenerbsen 193—200 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 28,00—3,75. Roggenmehl 0 u. 1 26,40—28,10. Weizenkleie 12,75—13,50. Roggenkleie 13,00—13,50 M.

An der Mittagsbörse wurden notiert: Weizen inländischer 217—219 ab Bahn. Mai 219,25—219,50—218,75—219,00. Juli 218,50—218,00. Roggen inländischer 205—206,50 ab Bahn. Mai 211—211,50—210,75 bis 211,25. Juli 207,75—208,25. Hafer Mai 171,50—171,25. Mais Mai 158,75 bis 149. Weizenmehl 00 28—30,75. Roggenmehl 0 und 1 26,60 bis 28,20. Mai 27,10. Rüböl Februar 71,7 Geld. Mai 72,1—71,2—71,3. Oktober 70,3—69,9—70,1 M.

Preise um 2½ Uhr. (Nichtamtlich.) Weizen Mai 218,25. Juli 217,75. Roggen Mai 211,00, Juli 208,00. Hafer Mai 171,25, Juli 172,25. Mais Mai 149,00. Mehl Mai 27,10, Juli 26,85. Rüböl Februar 71,7, Mai 71,3, Oktober 70,1 M. (Trockene Kartoffelstärke und Kartoffelmehl 24,50—25,00, feuchte Stärke 15,50 M.)

Marktpreise von Berlin am 3. Febr. 1908 nach Ermittelungen des königlichen Polizeipräsidiums. Richtstroh 0,00 bis 0,00 M., Heu 0,00 bis 0,00 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen, 30 bis 50 M., Speisebohnen, weiss 30,00 bis 50,00 M., Linsen 30,00 bis 90,00 M., Kartoffeln 6,00 bis 9,00 M. Rindfleisch von der Keule (1 Ko.) 1,40 bis 2,00 M., Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,60 M., Schweinefleisch 1,20 bis 1,80 M., Kalbfleisch 1,20 bis 2,20 M., Hammelfleisch 1,10 bis 2,00 M., Karpfen 1,20 bis 2,40 M., Aale 1,60 bis 3,00 M., Zander 1,20 bis 3,50 M., Hechte 1,20 bis 2,60 M., Barsche 0,80 bis 2,00 M., Schleie 1,50 bis 3,40 M., Bleie 0,80 bis 1,40 M., Krebse 60 Stück 4 bis 20 M.

Magdeburg, 4. Februar. Zuckerbericht. Kornzucker 88 Grad ohne Sack 9,70—9,80. Nachprod. 75 Grad o. Sack 7,85—8,00. Stimmung: Stetig. Brodraffinade 1 ohne Fass 19,50. Krystallzucker I mit Sack —,—. Gemischte Raffinade mit Sack 19,50. Gem. Melis I. mit Sack 19,00. Stimmung: Ruhig. Rohzucker 1. Produkt Transit frei an Bord Hamburg per Februar 20,05 Gd., 20,10 Br., per März 20,20 Gd., 20,25 Br., per April 20,35 Gd., 20,45 Br., per Mai 20,50 Gd., 20,60 Br., per August 20,85 Gd., 20,90 Br. Stetig.

Bremen, 4. Februar. Baumwolle still, 60.75.

✕ **Grosse Berliner Strassenbahn.** In den heutigen Sitzung des Aufsichtsrats wurde beschlossen, der auf den 27. d. M. einzuberufenden Generalversammlung, nach Vornahme angemessener Abschreibungen und Reservestellungen, die Verteilung einer Dividende von 8 pCt. für das abgelaufene Geschäftsjahr vorzuschlagen.

Konkurse.

Berlin: Kleiderhändler Isidor Harsdlawski, Neanderstr. 24, Verwalter: Boehme, Neue Rosstr. 14. Anmeldefrist bis zum 20. März 1908 — Kaufmann Bruno Beermann, Münzstr. 4. Verwalter: Dielitz Klopstockstr. 57. Anmeldefrist wie vorher.

Das freisinnige Ketzergericht.

Die Reichstagsfraktion der freisinnigen Vereinigung hat gestern gegen vier dissentierende Stimmen (?) beschlossen, in der heutigen Sitzung der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft die Kompetenz dieses parlamentarischen Zweckverbandes über die öffentliche politische Wirksamkeit der dem Parlament zurzeit nicht angehörenden Mitglieder der Partei zu Gericht zu sitzen, nicht anzuerkennen.

Letzte Nachrichten.

Köln, 4. Februar. In der Privatklagesache des Dr. Peters gegen Herrn v. Bennigsen und den Redakteur Brüggemann legten v. Bennigsen und Dr. Peters gegen das Urteil **Berufung ein.**

Uerdingen a. Rhein (Regierungsbezirk Düsseldorf), 4. Februar. Infolge Schneesturmes stießen heute früh **zwei Schiffe zusammen.** Eins sank, **drei Kinder ertranken.**

Vin Teira, 4. Februar. Von der auf dem Marsche nach Fort Hassa von einem **Schneesturm überraschten Kompagnie** des ersten Regiments der Fremdenlegion sind einer neueren Meldung zufolge **vier Unteroffiziere und etwa dreißig Mann ums Leben gekommen.**

New-York, 4. Februar, „Tribune" meldet aus Washington: Ein Fabrikantenausschuß, der 2 Millionen Stimmen vertritt, kam gestern in Washington an, um den Kongreß zu ersuchen, die Beveridge-Bill anzunehmen, auf Grund deren eine Kommission eingesetzt werden soll, die ein vorbereitendes Schema für eine **allgemeine Tarifrevision schaffen soll.** Der Ausschuß ist der Ansicht, Roosevelt sehe die gegenwärtige Zeit nicht als günstig für die Revision an, sondern halte es für die Republikaner für weise, sich in ihrem Programm beim zukünftigen Nationalkonvent dafür zu verpflichten. Auch glaube Roosevelt, der neue Präsident würde am besten tun, 1909 eine Sondersession des Kongresses mit der Aufgabe der Tarifrevision einzuberufen. Gut unterrichtete Kreise erklären, die Beveridge-Bill werde während der gegenwärtigen Session des Kongresses keine ernsthafte Behandlung mehr finden.

Halifax, 4. Februar. Der englische Dampfer „Stonthbert" von Antwerpen unterwegs geriet auf der Höhe von Kap Sable **in Brand.** Durch den Dampfer „Cymric" wurden 35 Mann von der Besatzung des „Stonthbert" gerettet. Vor dem Eintreffen der „Cymric" waren 15 Mann von der Besatzung des „Stonthbert" in einem Boot vom Schiffe abgefahren; das Boot **kenterte und seine Insassen ertranken.**

Schiffsbewegungen.

Hamburg, 4. Februar. Hamburg-Amerika-Linie. „Armenia", von Philadelphia, 3. Februar, morgens 10 Uhr 10 Min. auf der Elbe angek. „Fürst Bismarck", von Mexiko, 3. Februar, nachm. 2 Uhr 45 Min. in Hamburg angek. „Wandalia", 3. Februar von Singapore abgeg. „Kronprinzessin Cecilie", 3. Februar in Havana angek. „Galicia", 3. Februar in Buenos Aires angekommen.

Bremen, 4. Februar. Norddeutscher Lloyd. „Hannover", Sonntag 12 Uhr mittags von Baltimore abgeg. „Oldenburg", Sonntag in Buenos Aires angek.

Witterungsbeobachtungen in Berlin. 4. Februar 1908.

Februar	Luftdruck in 60 m Seehöhe (mm)	Temp. Cels.	Windrichtung und Stärke 0–12	Bewölkg. 0–10	Luftfeuchtigkeit in %
3. 9 Uhr abends	758,0	—2,3	SW 3	10	75
4. 7 Uhr morg.	756,7	—5,1	SSW 3	10	80
4. 2 Uhr nachm.	757,3	—2,3	WNW 1	10	89

3. Februar. Höchste Temperatur 0,0° C. Niedrigste Temperatur —2,5° C. Tagesmittel —1,7° C. Normales Tagesmittel 0,8° C.

Niederschläge: 1. Februar früh Reif.

Wetter in Deutschland. Nach kurz vorübergehender Aufheiterung des Himmels ist unter dem Einflusse eines bei Dänemark gelegenen flachen barometrischen Minimums im größten Teile Deutschlands neue Trübung eingetreten. An der Nordseeküste und im Rheingebiete haben seit gestern nachmittag wieder etwas stärkere Niederschläge stattgefunden, heute früh fällt in Mitt. Schnee. Gleichzeitig ist daselbst eine rasche Erwärmung eingetreten, an der Nordsee liegen bei frischen Nordwestwinden die Temperaturen bereits 3 bis 4 Grad über dem Gefrierpunkte. In den meisten Gegenden aber hat sich der Frost verschärft, Berlin und Dresden haben am Morgen in München und Karlsruhe 7 Grad Kälte.

Wetter voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Zunächst gelinder, vorwiegend trübe mit Schneefällen und schwachen südlichen Winden, später zeitweise aufklarend und wieder etwas kälter.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. An der Küste und im westlichen Binnenlande vielfach starke, in den meisten anderen Gegenden geringe Niederschläge.

Stationen	Barometer auf Meeresheit. mm	Windrichtung und Stärke	Wetter	Temperatur (C.°)	Stationen	Barometer auf Meeresheit. mm	Windrichtung und Stärke	Wetter	Temperatur (C.°)
Borkum	762	NNW 3	leicht	bedeckt	4	Valentia	739	NNO 1	leicht	bedeckt	7
Keitum	759	NNW 3	mäßig	bedeckt	3	Scilly	770	N	frisch	wolkig	8
Hamburg	761	SW 1	still	bedeckt	3	Aberdeen	774	NNW	schw.	wolkig	3
Swinemünde	761	SSW 3	leicht	bedeckt	—3	Island	—	—	—	—	—
Rügenwalde	762	SSW 3	mäß.	bedeckt	—2	Färöer	—	—	—	—	—
Neufahrwasser	761	NNW 1	leicht	bedeckt	—3	Christiansund	768	SSW	frisch	wolkig	—1
Memel	761	OSO 1	leicht	Dunst	—4	Kopenhagen	761	SW 1	leicht	Dunst	—1
Aachen	764	NNW	schw.	bedeckt	1	Stockholm	761	SSW	leicht	Schnee	—2
Hannover	761	SSW	schw.	bedeckt	—4	Haparanda	735	Windstille		bedeckt	—4
Berlin	762	SSW	leicht	bedeckt	—5	Petersburg	763	Windstille		bedeckt	—3
Dresden	764	S	leicht	wolkig	—5	Wilna	758	N	leicht	Schnee	—5
Breslau	763	NW	leicht	bedeckt	—6	Lemberg	760	NNW	mäß.	bedeckt	—6
Bromberg	762	Windstille		bedeckt	—8	Wien	763	N	leicht	Schnee	—3
Metz	763	S	leicht	Schnee	—2	Triest	758	ONO	frisch	heiter	9
Frankfurt a. M.	764	NO	sehr leicht	bedeckt	—4	Mailand	766	NNW	frisch	wolkig	5
Karlsruhe	764	NW	leicht	bedeckt	—7	Cherbourg	772	NNW	steif	b. bed.	5
München	765	Windstille		bedeckt	—7	Paris	766	NNW	frisch	bedeckt	2
Zürich	764	NW	1 leicht	wolkig	—10	Riga	755	NO	mäßig	wolkig	3
Santis	—	—	—	—	—	Rom	763	N	schwach	bedeckt	3
Genf	762	NNO	leicht	wolkig	—4	Brindisi	756	SO	schwach	wolkt.	10

Sonnenaufgang 7 Uhr 40 Min. **Mondaufgang** 9 Uhr 34 Min. M.
Sonnenuntergang 4 Uhr 49 Min. **Mondauntergang** 9 Uhr 06 Min. N.

Verantwortlich für den politischen Teil und das Feuilleton: Georg Stegerwald; für Lokales, Gerichtssaal, kleine Chronik und den übrigen redaktionellen Teil des Blattes: Dr. Johannes Stanlef; beide in Berlin.

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	*4* 1.Apr.	*7* 1.Juli	*O* 1.Okt.	*a* 1.1.7.	*d* 1.4.10.	*g* 15.3.9.	*k* 15.6.12.	*q₁* quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	*5* 1.Mai	*8* 1.Aug.	*N* 1.Nov.	*b* 1.2.8.	*e* 1.5.11.	*h* 15.4.10.	*l* 11.6.12.	*q₂* do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	*6* 1.Juni	*9* 1.Spt.	*D* 1.Dez.	*c* 1.3.9.	*f* 1.6.12.	*i* 15.5.11.	*v* versch.	*q₃* do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 4. Febr. 1908

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin, Bankdiskont 6%, Lombardzinsfuss 7%, Privatdiskont 4½%.

Nachdr. verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.												Eisenbahn-Prior.-Obligat.			
				Stargard i.P.	d	3½	—.—	Russ EBA.02	a	4	83.60b				
Dt.Rchs.Sch.	v	3½	99.80G	Stendal 01	a	4	—.—	do. 1905	a	4½	94.90bG	Braun. Lndb.	a	3½	89.90G
do. 1912	a	4	100.00B	do. 03	a	3½	90.10G	RussStaatsr	q₂	4	76.20b	Bröltn. 90er	d	4½	—.—
fäll.1.7.08	a	3½	99.40G	Stettin	a	3½	90.90B	do.Nicolai-B	e	4	—.—	Halle-Hettst	d	3½	—.—
fäll.1.10.08	d	3½	99.25G	do. 1904	d	3½	90.90B	do.Prm.A.64	a	5	—.—	Halb.Blak84	a	3½	89.25G
fäll.1.4.09	d	3½	98.90B	Teltow.Kreis	d	4	99.10bG	do. do. 66	e	5	—.—	do. 1895/03	a	3½	89.25G
Pr.Schatz12	a	4	100.00B	Teltow Kreis	d	3½	—.—	do. Bodencr	a	5	—.—	Nord. Wrn.E.	d	4	—.—
Dt.Rchs-Anl.	v	3½	93.40bG	Thorn01u11	d	4	98.25G	do.conv.Obl.	a	3.8	74.25bG	Zschk.Finst.	d	3½	—.—
do. do.	v	3	83.50b	Weimar	a	3½	91.60G	SaoPaulo GA	a	5	96.30bG	BöhmNord.G	a	4	97.75G
Prss. cs.Anl.	v	3½	93.50bG	Wiesb79/83	v	3½	—.—	SchwdStA86	f	3½	91.00bG	Dux-Bod. II.	v	5	—.—
				Worms 01	a	4	98.60B	SchwdStA88	b	3					

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit einem 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Erläuterungen zum Kurszettel. Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuss vor den Kursen angegeben. Bei den Dividendenwerten (Industrie-, Bank- u. Bahn-Aktien) betragen die usancemässigen Stückzinsen 4 pCt., und zwar werden diese vom Beginn des Geschäftsjahres an auf den Nennbetrag jeder Aktie bis zum Tage des Kaufes gerechnet. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genussscheine werden frei von Zinsen in Mark pro Stück, notierte Papiere in Prozenten notiert.